

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Eine verunglückte „Sauhag“.

Dem „ranken“ Bismarck sagte man nach, daß sein Nervensystem sofort gesunde, wenn er sich an einer großen erfolgreichen politischen „Sauhag“ beteiligen könne. Das graziose Wort „Sauhag“ und der graziose Vergleich dieses Jagdvergnügens mit einem politischen Kampfe werden dem Kanzler selbst in den Mund gelegt.

Damals war nicht von der Sozialdemokratie die Rede; desto leichteren Herzens können wir jetzt das graziose Bismarck'sche Wort auf die jüngste Sozialistenhege anwenden; besonders da Bismarck noch ausdrücklich erklärt haben soll, die Wildschweine seien Edelwild.

Also auf zur Jagd! Auf zur „Sauhag“!
Lange noch vor Eröffnung derselben lärnte und toste in der offiziellen, in der offiziösen und in der freiwillig offiziösen Presse die „Pfehmeute“ in der tollsten und skandalösesten Weise; — dessen freute sich daß der große Jäger in Friedrichsruhe.

Plötzlich erklang in dem wirren Geschrei ein Signalfuß; man mußte kaum, von wannen er kam und wohin er ging.

Das Geschrei, das Hurrahrufen verzehnfachte sich: Auf zur Sauhag! In hellen Haufen eilten auf das Geschrei die Treiberjungen und die Jäger herbei. Aber immer noch waren die Nerven des großen Jägers in Friedrichsruhe nicht gesundet; die Jagd mußte ohne ihn abgehalten werden. Vielleicht aber merkte der jagdlustige Herr auch noch rechtzeitig, daß die „Sauhag“ verunglücken könnte.

Genug — er sandte die große Schaar von Jägern mit allerlei Treiberjungen und einer bissigen Meute allein auf die Jagd.

Unter großem Lärm versuchte man das Wild einzuschließen; es sollte ein regelrechtes Kesselreiben werden. Immer enger wurde der Ring, immer näher rückten sich die Jäger auf den Leib.

Da fiel der erste Schuß; mit einem Aufschrei sank ein Jäger zu Boden. Der erste Oberjägermeister hatte anstatt des Wildes einen treuen Jäger verwundet. Nun fing das Knallen an; das Klappern der Treiberjungen; das Heulen der Meute.

Das Wild aber war längst ausgebrochen — doch da es schon dämmerte, und auch im Uebereifer der Jagd hielten die Jäger sich gegenseitig für Säue oder auch ihre Treiberjungen und ihre Rüden. Das war ein toller Wirrwarr. Schuß fiel auf Schuß und Jäger auf Jäger. Edle Grafen und Minister, Bürgerliche und jagdlustige Priester, Treiberjungen und Sauhund — Alles das kugelte bunt und wirr durcheinander.

Und der Lärm wurde immer größer und der Wirrwarr immer toller. Gelockt durch den Tumult schlich sich auch ein großer bissiger Dorfstör her an und, den günstigen Augenblick benutzend, fuhr er knurrend zwischen die Jagdgesellschaft, links und rechts Leben in die Waden kneifend.

Und dieser bissige, feige Dorfstör hatte eine frappante Ähnlichkeit mit dem Fortschrittsabgeordneten Eugen Richter.

Wir sind ja nicht im Reichstage, wir sind ja auf der Jagd, auf der „Sauhag“, wird man rufen. Ganz recht — lehren wir also zu dieser zurück.

Wir kommen aber zu spät; der feige Dorfstör hatte sich schon um die Ecke gedrückt, da er hörte, daß abgelassen wurde; der Knäuel entwirrte sich, die Verwundeten wurden verbunden, die Treiberjungen suchten ihre Knäppl wieder zusammen, mit denen sie sich gegenseitig die Köpfe zerfetzten hatten, und die Pfehmeute, Pardon, die Jagdmeute ließ sich knurrend, die Jungen lang aus dem Halse hängend, wieder zusammenfoppeln, mit richtigem Instinct voraussehend, daß sie bald wieder auf das Wild losgelassen werden würde.

Die Oberjägermeister und die vornehmsten Herren aber waren am schlimmsten bleibend, und einem edlen Grafen mußte man sogar die „Stirnlocke am Strome der Zeit“ abschneiden, um seinem fiebernden Hirn mit kalten Umschlägen zu Hilfe zu eilen.

Der Jagdherr aber zu Friedrichsruh runzelte die Stirn, als er die Kunde von der verunglückten „Sauhag“ vernahm. „Ungeschickte Jäger, ungeschickte Treiberjungen — müssen neu ernannt und neu ausgewählt werden — und am ungeschicktesten diese verdammte Pfehmeute — (Pardon, soll heißen Jagdmeute oder Sauhund); eine tüchtige Tracht Jagdhiebe müssen die Lehren haben.“ So oder ähnlich sollen des Jagdherrn erste Worte gelaunt haben.

Das edle Wild aber war in den Wald zurückgekehrt und lehte sein altes gewohntes Treiben in aller Natürlichkeit und Urväuschigkeit fort.

Die Jäger werden zwar immer noch versuchen, ihm beizukommen; doch täglich vermehren sich die Wildscharen und gewichtig, wissen sie den blutdürstigen Jägern und vor allen den Sauhunden leicht zu entkommen.

Spätere Geschlechter aber werden sich noch erzählen von der verunglückten „Sauhag“, welche am 23. und 24. Mai 1878 stattfand.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 24. d. wurde das Lehmann-Gesetz, vulgo Sozialistenabnahmengesetz ertheilt. Es kann selbstredend niemand gehindert werden, eine Unklugheit zu begehen; und unklug war es zum mindesten von der sächsischen Regierung, einen Gesekentwurf gutzuheißen, der gut und gern zwei Dritttheile des sächsischen Volkes „gefesselt“ für vogelfrei erklärt. Der Sozialdemokratie wirft man vor, sie habe es mit ihren „Freiherren“ auf Erregung des Klassenhasses abgesehen; heißt es aber nicht im eminentesten Sinne des Wortes den Klassenhass herausfordern, wenn dem sächsischen arbeitenden Volke, das in seiner Majorität der Sozialdemokratie angehört, der Genuß gesetzlich garantirter Rechte verweigert wird?

ischen Abgeordnetenhaus ausrief: „Der wahre Volksvertreter muß mit einem Beine auf der Tribüne, mit dem andern auf der Barricade stehen“ — dieser Mann empfiehlt jetzt Knebelung aller bürgerlichen Freiheiten! — Der Abg. Windthorst hatte offenbar seinen schlechten Tag; seine ganze lange Rede bestand darin, daß er die Kirche und die christlich-soziale Partei verherrlichte und zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie als allein fähig erklärte. Er machte nicht einen Witz, nicht einmal einen Kalauer; alles nur altes, mit hohlem Pathos vorgetragenes Zeug.

Der Minister Hofmann erklärte, daß der Kulturkampf, wie er in der ultramontanen Presse geführt werde, zur Erschütterung der Staatsautorität mehr beigetragen habe, als die Sozialdemokratie. Er erklärte den Staat für ohnmächtig, in dieser Hinsicht zu helfen, und bat die liberale Partei, auf die ultramontane Presse einen mildernden Einfluß auszuüben. Ein seltsames Eingekändniß und ein seltsames Verfahren!

„Schuster, bleib bei deinem Zeißel!“ mußte man unwillkürlich ausrufen, als der Abg. Molke eine Rede für Annahme des „Sozialistentod“ hielt, in welcher er — *horribilo dicta* — einige Exkursionen auf das sozial-ökonomische Feld machte. Als er aber mit erhobener Stimme sagte, daß der Arbeiterklasse nicht durch Gewalt, sondern auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung geholfen werden müßte, da waren es gerade die Sozialisten, welche äußerst lebhaft: „Sehr richtig! Sehr richtig!“ riefen.

Der Abg. Laster, der nun das Wort erhielt, meinte, daß das ganze Land die goldenen Worte des allverehrten Kollegen Molke beherzigen würde, aber — aber — es sei doch eigentlich nur glänzendes Blech gewesen, denn kein einziger Punkt der empfohlenen Vorlage sei derart, daß ein vernünftiger Mensch ihn annehmen könne. Der Bundesrath bekam eine sehr eindringliche Lektion über seine Unfähigkeit; die Bestrebungen der Sozialdemokratie aber in vieler Hinsicht ein besonderes Lob.

Die Generaldebatte, auf welche wir noch näher eingehen werden, wurde nunmehr geschlossen.

Bei der zweiten Veratung zu Paragraph 1 sprach der Abg. Lucius, der Busenfreund Bismarck's, für das Gesetz und hatte in echt junkerlicher Weise auf die Fortschrittspartei los.

Als nun gar der Abg. Beseler sein Amendement empfahl, leerte sich der Sitzungssaal in geradzug demonstrativer Weise. Von 300 anwesenden Mitgliedern blieben nur etwa 50 im Saal. Dieser traurige Schwäher ließ sich aber bejungeachtet nicht abhalten, eine halbe Stunde lang allerlei leeres Stroh zu dreschen.

Der Minister Hofmann erklärte nun noch, indem er die Amendements Gneiß-Beseler empfahl, daß er die juristischen Kenntnisse der genannten Herren höher schätze, als diejenigen des Abg. Laster. Ein dröhnendes Gelächter belohnte den Redner für solche Argumente für die Annahme des Gesetzes.

Bei der Abstimmung über das Amendement Beseler wird dasselbe mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt (es stimmen geschlossen dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, die National-Liberalen (mit Ausnahme der Abgg. Dr. Gneiß, Koeller und Dr. v. Treitschke), die Polen und die Sozialdemokraten; dafür die deutsch-conservative und die Deutsche Reichspartei (mit Ausnahme der Abgg. Diefenbach und Schlomka); der Abstimmung enthielten sich die sechs nationalliberalen Abgg. Dr. Vöhr-Kassel, v. Cuny, v. Huber, Struckmann, Dr. Wagner und Witte.

Ueber den § 1 der Vorlage wird nunmehr ebenfalls, auf Antrag des Abg. Alnoth, namentlich abgestimmt. Es beteiligten sich wiederum 309 Mitglieder an der Abstimmung; 251 stimmen mit „Nein“, 57 mit „Ja“, ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung. § 1 ist also ebenfalls abgelehnt. (Von der Deutschen Reichspartei stimmen jetzt die Abgg. Diefenbach und Graf Luzburg mit „Nein“.)

Der Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann erklärt, daß die verbündeten Regierungen nach dieser Ablehnung auf die Abstimmung über die ferneren Paragraphen keinen Werth mehr legen.

Die Sozialdemokratie hat also einen großen Sieg errungen — die Bundesregierungen aber eine eklatante Niederlage erlitten; das ist das einzige Resultat, welches aus den zweitägigen Debatten hervorgegangen ist.

— Die sächsische Regierung war nach übereinstimmenden Zeitungsberichten die erste deutsche Regierung, welche auf telegraphischem Wege ihre Zustimmung zum Sozialistenabnahmengesetz ertheilt. Es kann selbstredend niemand gehindert werden, eine Unklugheit zu begehen; und unklug war es zum mindesten von der sächsischen Regierung, einen Gesekentwurf gutzuheißen, der gut und gern zwei Dritttheile des sächsischen Volkes „gefesselt“ für vogelfrei erklärt. Der Sozialdemokratie wirft man vor, sie habe es mit ihren „Freiherren“ auf Erregung des Klassenhasses abgesehen; heißt es aber nicht im eminentesten Sinne des Wortes den Klassenhass herausfordern, wenn dem sächsischen arbeitenden Volke, das in seiner Majorität der Sozialdemokratie angehört, der Genuß gesetzlich garantirter Rechte verweigert wird?

— Der wunde Fled des Lehmann'schen „Attentats“ ist die Kugelfrage. Trotz eifriger Suche von Jung und Alt, Groß und Klein und trotz gegentheiltiger Mittheilungen verschiedener Zeitungen scheint bis jetzt noch nicht eine der „Attentats“-Kugeln (Höbelbeeren hat der sächsische Volkswitz sie getauft) gefunden zu sein. Doch hören wir, was die Zeitungen über dieses wichtige Thema zu erzählen wissen:

Dem Untersuchungsrichter ist von der von anderen Seiten gemeldeten Auffindung weiterer Kugeln, welche aus dem Attentate herrühren, noch nichts bekannt, weil er auf dem geschäftsmäßigen Gange, den alle Mittheilungen zu durchlaufen haben,

erst morgen davon in Kenntniß gesetzt werden kann. Der Criminalpolizei ist allerdings noch eine Kugel (nicht zwei, wie von einigen Blättern gemeldet wurde) übergeben worden, die ebenfalls auf dem Mittelwege Unter den Linden in der Nähe des russischen Gesandtschaftshotels gefunden sein soll. Dieselbe scheint jedoch nicht von dem Kaliber des Revolvers zu sein, dessen sich Lehmann bei seinem menschenlichen Attentat bedient hat. Und wenn man bedenkt, daß Lehmann die zweite und dritte Kugel auf seine Verfolger abfeuerte, nachdem er den Fahrdamm der Linden gekreuzt hatte, daß er also den Lauf des Revolvers in der Richtung nach der Häuserseite hielt, so erscheint es in der That problematisch, ob die beiden letzten Kugeln überhaupt auf dem Mittelwege zu suchen seien. Der Finder der zweiten Kugel, ein achtzehnjähriger schon bestrafter Bursche, hat auf diesen Einwand seine erste Angabe dahin modificirt, daß er die Kugel, welche, wie gesagt, von größerem Kaliber als 7 mm. ist, auf dem Trottoir gefunden habe. Indessen klingt die ganze Angabe unglaubwürdig, da das Trottoir alle Tage gereinigt wird und bei dem regen Verkehr an jener Stelle die Kugel viel früher hätte gefunden werden müssen, wenn sie dort vorhanden gewesen wäre.

Daß durch die obigen Mittheilungen Licht in das Dunkel der heißen Kugelfrage gebracht worden wäre, wird Niemand zu behaupten wagen. Der wunde Fled ist und bleibt also nach wie die Kugelfrage. Und — „Schafft nur erst die Kugeln!“

— Noch eine Stimme aus der Presse. Ueber das „Attentat“ und den „Attentäter“ läßt sich die von Guido Weiß in Berlin redigirte „Wage“ also vernehmen:

„Im Ernste lohnt es sich kaum, die Beschuldigung, als habe der Sozialismus mit der That vom 11. Mai auch nur in entferntester Ausstrahlung etwas zu thun, zu widerlegen. Will man ihn freilich verantwortlich machen für allen Unfug und Unfug, den ein mißverständenes Wort seiner Lehren in einem wirren, denkungeübten Gehirn anstiftet, so beginne man nur damit, die Bibel zu verbrennen, an der zu Hunderten die „Armen im Geißt“ zu Schwärmern, zu Narren, zu Verbrechern geworden sind. Wem sollte es lieber sein, als dem Sozialisten selber, wenn seine Lehre sich bereits jetzt so klar, sicher und einfach darstellen ließe, daß es all des so langsam wirkenden Predigens und Agitirens nicht mehr bedürfte, daß Mißverständniß und Sektirerei nicht mehr entfehen, Fanatismus sich daran nicht mehr entzünden könnte! Aber man schuldiqe darum nicht ihn, sondern den Schutt an, den die jetzige Gesellschaftsordnung seit Jahrhunderten um ihre Wurzel angehäuft hat — und an diese Wurzel allerdings muß man kommen.“

„Keinem ja, als dem Sozialisten, kann es fernere liegen, auf einzelne Personen Glück oder Unglück seines Strebens stellen zu wollen. Die Zustände und Einrichtungen, die er angreift und reformiren will, haben nicht von gestern auf heute sich gebildet, sie können nicht von heute zu morgen sich umbilden, das ist eine Aufgabe des Werdens, nicht des Vernichtens. Noch die letzte große politische Revolution konnte glauben und versuchen, durch die Hekatomben von Köpfen, die sie opferte, ihre Ziele zu fördern: das Werk der sozialen Wiedergeburt bedarf vielmehr der Köpfe, gesunder, klar denkender und thatlustiger Männer, um der Welt den Kopf zurechtzusetzen. Das Philosophenwort von der Gleichheit dessen, was Menschenantlig trägt, ist nicht bloß das Wort der Erhebung für die Armen und Elenden im Volke, es spricht zugleich Unantastbarkeit und Heiligkeit des Daseins Aller, vom Niedrigsten bis zum Höchsten, aus.“

„Könnte irgend etwas Vernünftiges, Sachgemäßes dabei herauskommen, den Einfall eines denkungslosen Menschen auf Grund und Anlaß hin zu zergliedern, so läge es weit näher, die Pfeile auf ihre Schützen zurückprallen zu sehen. Eine ganz persönliche Sache meinte der Mörder mit seinem Fürsten zu haben; er lebte durchaus noch in jener stark nach Osten hin zurückgewichenen Auffassung, die in Rußland den Selbstherrscher als „Väterchen“ begrüßt. Dort, in dieser patriarchalischen, stockkonservativen Anschauung stecken die Wurzeln der That, wie einst bei Tschek, bei Sefeloge. Aber wir verzichten großmüthig darauf, diese fruchtbare Betrachtung weiter zu pinnen, um schließlich bei der Forderung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes anzukommen: vielleicht ist sie ein gefunden Korn für irgend ein national-liberales Blatt, das doch nach gewohnter Weise wünschen muß, daß „etwas dabei herauskomme“.

„Heuchlerisch, wie in der Anschuldigung, sind diese Blätter nun auch in den Mahnungen und Warnungen, die sie in der Besprechung anfügen. Wir wollen keine Verschärfungen, sagen sie, der Press- und Vereinsgesetze; das sittliche Gebrechen muß seine sittlichen Heilmittel finden. Die „Gesellschaft“ selber muß sich aufrasten und sich zusammenhaken zur Abwehr der sie bedrohenden Schäden. Mit großen Geldmitteln“ — wird recht bezeichnender Weise hinzugefügt. Für dieses Geld würden sich dann ja Jungen und Federn finden, welche das Werk der Reinigung und Mächtigung übernehmen. Denn so weit kennen diese Blätter ihre Patrone zu gut, als daß sie ihnen zumuthen sollten, für diese nöthige ideale Arbeit selber Hand oder Fuß, Herz oder Kopf in Bewegung zu setzen: das befohlen die zwei Fäblinger ja Alles weit bequemer. Und sieht man nach einiger Zeit, daß diese Tagelöhnerarbeit, wie ganz natürlich, nichts hilft, so folgt unausbleiblich dann doch das Geschrei nach mehr Polizei, nach schärferen Gesetzen und Interpretationen.“

Herr Bamberger ist vor einigen Monaten schon so ehrlich gewesen, auf die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechtes als das zunächst Nothwendige hinzuweisen, und holt jetzt Bismarck dann aus der Schublade — denn in den Papierkorb pflegt er seine Projekte nicht wandern zu lassen — seinen alten Gesekentwurf auf Beschränkung auch der theoretischen Erörterungen hervor; bringt das Reichsgesundheitsamt seine hygienischen Vor-

Schläge gegen die gesundheitschädliche Anhäufung großer Volksmassen in geschlossenen Räumen neben den strafenpolizeilichen Anordnungen zur Geltung, welche ja nennlich schon wiederholt mit Glück gegen Berliner Volksversammlungen in Scene gesetzt wurden: o, dann wird sich auch die stilkliche Abneigung gegen solche mechanische Kur bei der liberalen Presse gelegt haben, die inzwischen die ihr wahrlich nicht unerwartete Erfahrung gemacht haben wird, daß ideale Schwärze für materielle Interessen zu verlangen, sich zwar recht hübsch ausnimmt, aber für die Wirklichkeit ebenso sinnlos ist, wie der auf ein Rad gepropfte Adlerflügel unserer Eisenbahnuniform.

Man braucht nicht zu alt zu sein, um sich des Attentates Sefeloge zu erinnern und der schroffen Reaktion, die darauf folgte. Das acute Attentat gegen einen Fürsten ward zum chronischen Attentat gegen ein entwicklungsbedürftiges Volk. Ein paar Jahre hat das vorgehalten, dann stieg der Fürst, als Mensch liebenswerth und tief bemitleidenswerth in seinen letzten Geschicken, vom Thron, und das Volk, mitsamt der „geretteten Gesellschaft“, begrüßte mit frohem Aufathmen die neue Aera. Unter solchem Auspizium hat Kaiser Wilhelm's Regiment begonnen.

Die Presse verbreitete jüngst die Nachricht, daß der Attentäter Lehmann syphilitisch sei. Das Erkennen dieses Leidens, das oft seine Schwierigkeiten hat, war in dem gegebenen Falle auffallender Weise leichter, wie das Auffinden der Revolverkugeln. Für uns ist die Diagnose auf Syphilis von besonderem Interesse. Der größte deutsche Internist, Griesinger, sagt in seinem unübertroffenen Werke „Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten“ S. 197: Die constitutionelle Syphilis wird nicht leicht anders als durch palpable Ernährungsstörungen des Schädels, des Gehirns und seiner Häute zu Irresein führen, ist aber in dieser Beziehung auf's ernstlichste zu berücksichtigen“ u. s. w. Und Niemeier sagt in seinem brillanten Werke „Lehrbuch der speziellen Pathologie und Therapie“ 7. Auflage, S. 788: „Die häufigste Form der syphilitischen Hinterkrankung ist ein malakisches Exanthem, die Roscola syphilitica. Dem Ausbruch der kleinen, unregelmäßig runden, nicht selten stellenweise confluirenden Roseolapläcke geht häufig ein fieberhaftes Allgemeinleiden vorher.“ Also, ihr Herren gelehrten Medizinerräthe, woran litt Lehmann im Momente der That? An „Ernährungsstörungen der Hirnhäute“ in Folge von Syphilis, oder befand er sich im Stadium „eines fieberhaften Allgemeinlebens“ ebenfalls in Folge von Syphilis??!

Zur schärferen Bewachung der Grenzen gegen Rußland und Oesterreich hat der Reichskanzler beim Bundesrath die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel beantragt. „Es sind, wie die Berliner „Tribüne“ wissen will, erforderlichlich nach den Ergebnissen der eingehenden Ermittlungen 143 Fußgendarmen, 30 berittene Gendarmen und 7 berittene Oberwachmeister. Der entstehende Aufwand ist veranschlagt worden: an einmaligen Ausgaben für die erste Ausstattung und Ausrüstung auf 43,425 Mark, an dauernden Unterhaltungskosten auf jährlich 345,380 M. Dazu kommen noch die Commandozulagen, welche den an die Landesgrenze zu commandirenden Gendarmen vorzugsmäßig gezahlt werden müssen, bis dieselben auf den preussischen Etat übernommen werden können, eventuell also bis 1. April 1879. Diese Commandozulage beträgt für den Gendarmen 60 M. und für den berittene Oberwachmeister 75 M. monatlich. Die preussische Regierung hat sich bereit erklärt, die zur Durchführung der Maßregel erforderlichen Anordnungen zu treffen und zu diesem Zweck die Vermehrung der Gendarmen um 143 Fußgendarmen, 30 berittene Gendarmen und 7 berittene Oberwachmeister durch den Landeshaushaltsetat für 1879/80 herbeizuführen, falls ihr eine Zustimmung dahin erteilt wird, daß die Reichskasse die Erstattung der für die erforderlichlich werden den Gendarmenpersonen nach den in dem jederzeitigen preussischen Etat normalmäßig zu berechnenden Selbstkosten auf so lange übernimmt, als die gegenwärtig in Aussicht genommene Einrichtung dauern wird, und daß, wenn diese Einrichtung ganz oder theilweise wieder aufgehoben wird, die Kosten der disponibel werdenden Gendarmen noch bis dahin erstattet werden, wo diese Gendarmen in die zunächst vacant werdenden anderen etatsmäßigen preussischen Stellen versetzt werden können. Der Reichskanzler hat demgemäß beim Bundesrath in Antrag gebracht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Reich die in der geforderten Zustimmung bezeichneten Leistungen übernehme.“ — Dunkel ist der Rede Sinn. Wozu so plötzlich eine

schärfere Bewachung der Grenzen gegen Rußland und Oesterreich? Sollen etwa Vorkehrungen getroffen werden gegen die Einschleppung der Kinderpest, oder lauert im Hintergrunde dieser Maßnahmen ein gegen die Polen gerichtetes politisches Motiv? Die letztere Annahme wird wohl die zutreffende sein.

Eine Bekanntmachung, so originell (das „Leipziger Tageblatt“ nennt sie eine „höchst nachahmenswerthe“), wie uns selten eine zu Gesicht gekommen ist, brachte kürzlich die „Halle'sche Zeitung“:

Bekanntmachung. Der Arbeiter Ferdinand Franke von hier insultirte zwei Damen auf offener Straße und trat einer derselben das Kleid ab. Hierfür ist er am heutigen Tage vom hiesigen königlichen Kreisgerichte meinem Antrage entsprechend zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Einwohnerschaft Halle's möge hieraus entnehmen, daß das königl. Kreisgericht — wie es auch ausdrücklich ausgesprochen — nach wie vor gewillt ist, dem Strolchthum mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie selbst hat aber ihrerseits alle derartige Brutalitäten mir zur Anzeige zu bringen, um der sich immer breiter machenden Rohheit Einhalt thun zu können. Halle, den 17. Mai 1878. Der königl. Staatsanwalt.

Wenn die Staatsanwaltschaft in Halle „dem Strolchthum mit Entschiedenheit“ zu Weibe gehen will, so ist dieser Vorfall an sich ja ein ganz löblicher zu nennen; schwer zu begreifen ist nur, warum sie dies mit so vieler Empfindlichkeit in die Welt und zu wissen thut. Aber fast scheint es, als ob die Staatsanwaltschaft von Halle dem „Strolchthum“ durch die „Bekanntmachung“ anrathen wollte, sich künftig anständig zu verhalten. Wenn das mit der „Bekanntmachung“ beabsichtigt war — à la bonno heure, dann hat sie unsere Zustimmung, denn dann wird sie hoffentlich auch dasjenige „Strolchthum“, welches es unter seiner Würde hält, sich Arbeiter zu nennen, in der Insultirung der Damen aber das Menschenmögliche zu leisten versteht, auf den Weg der Besserung bringen. Und von diesem Gesichtspunkt halten auch wir die Bekanntmachung für „höchst nachahmenswerth“. Aber nur von diesem — verstanden, „Tageblatt“?

Die streikenden Baumwollenspinner in Blackburn und den übrigen vom Strike betroffenen Ortschaften stimmten am 23. Mai darüber ab, ob die Arbeit zu den von den Fabrikanten propositen Bedingungen wieder aufgenommen werden solle oder nicht, mit anderen Worten: ob die Arbeiter sich auf Gnade und Ungnade den Profitmachern überliefern sollten. Die überwältigende Majorität entschied sich für Fortsetzung des Strikes. Der Strike dauert also auf unbestimmte Zeit fort.

Wie in Berlin, so ist auch in Konstantinopel geattentatet worden. Nur waltet zwischen den beiden Attentaten der himmelweite Unterschied ob, daß in Konstantinopel bei der ganzen Sache blutiger Ernst im Spiele war, während es sich in Berlin um die „That“ eines verrückten Menschen handelt. Das Konstantinopelner Attentat bezweckte die Absetzung des gegenwärtigen Sultans Hamid und die Thronisation des Ex-Sultans Murad. Der Versuch wurde blutig zurückgewiesen, die Verschwörer wie Soldaten ließen Todte und Verwundete auf dem Platze.

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse“, A. Fink, wurde am 14. d. M. aus der Stadtvoigtei, wo er seit dem 13. November in Untersuchungshaft lag, nach Plöbensee überführt, um dort vor der Hand auf ein Jahr Studien über „Pressefreiheit“ anzustellen. In nächster Zeit werden ihm Dolinski, Fischer und Wolf folgen.

Der frühere verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Helzig, ist vom Halle'schen Gericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen „Beleidigung“ eines Comités, welches sich in Halle zur Errichtung eines Siegesdenkmals gebildet und zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen aufgefordert hatte. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Halle'schen Correspondenz, die der „Vorwärts“ vor längerer Zeit gebracht hatte. Appellation und Nichtigkeitsbeschwerde sind gleichzeitig angemeldet. — In weiteren drei Monaten wurde Helzig vom Leipziger Gericht wegen Beleidigung des bekannten Polizeikommissärs Witz in Saarbrücken verurtheilt.

Genosse Klute, der wegen Gotteslästerung, begangen in einer in Spremberg gehaltenen Rede, in erster Instanz zu drei

Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, erhielt am 21. d. M. von der Appellinstanz in Frankfurt a. O. eine Busstrafe von 12 Wochen zuerkannt.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hatten, nachdem sie sich für Abgabe der bekannten Erklärung und Nicht-Theilnahme an den Debatten über das Lehmann-Gesetz entschieden hatten, den Beschluß gefaßt, nach Beendigung der Debatten ein Manifest an ihre Wähler und das deutsche Volk überhaupt zu erlassen. Angesichts des Verlaufs der Debatten, in denen die uns feindlichen Parteien sich auf's Ergößlichste unter einander zerfleischt haben, und daß von keiner Seite auch nur der leiseste Versuch gemacht worden ist, die dreifache Verläumdung: der Lehmann'sche Revolverstreich sei irgendwo auf die sozialdemokratischen Lehren und Bestrebungen zurückzuführen — Angesichts dieser Thatfache sind die sozialdemokratischen Abgeordneten von dem Gedanken der Veröffentlichung eines Manifestes abgestanden.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß uns von allen Seiten Erklärungen zugehen, welche die vollste Billigung der von den sozialdemokratischen Abgeordneten in Sachen des Lehmann-Gesetzes beobachteten Taktik, ausdrücken.

Heft 17 der „Zukunft“ ist erschienen. Inhaltsverzeichnis: Die Vertheilung des Arbeits-Ertrages. Von E. A. S. — Zur Wahlreform-Frage. Von A. B. — Kritische Bemerkungen über die „Gerechtigkeit“ als Grundprinzip der Sozialdemokratie. — Ueber die Beheiligung des Staats an neuen Entdeckungen und Erfindungen. — Rezensionen. (Friedrich von Baerenbach: Das Problem einer Naturgeschichte des Weibes. — Arnold Lindwurm: Das Eigentum und die Menschheit. — Ider im Staate. — Zur Lösung der sozialen Frage durch die Frau. Von einer deutschen Frau. — Le péril social dévoilé. Par l'auteur de „Grandeur ou décadence de la Nation française.“ — Eine Liebesepisode aus dem Leben Ferd. Lassalle's. Tagebuch; Briefwechsel; Besennnisse. — Reinhold Menz: Der Transport-Lurus.)

Der in nachstehender Erklärung unseres Genossen Hasenclever angezogene Artikel des „Leipziger Tageblatts“ macht die Kunde fast durch die ganze Presse Deutschlands, deshalb halten wir es für geboten, diese Erklärung aus der „Fackel“ zum Abdruck zu bringen, um derselben gleichfalls weitere Verbreitung zu geben:

Erklärung.

In der fünften Beilage zum „Leipziger Tageblatt“ Nr. 139 befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Wie die Sozialdemokratie ihre Parteihäupter und Agitatoren bezahlt“ — in welchem selbstverständlich auch meiner gedacht wird und zwar in einer Weise, die mich zu einer Berichtigung in dem gedachten Blatte veranlassen würde, wenn ich es nicht unter meiner Würde erachtete, einer Zeitung, welche die Verleumdung und Verdächtigung der Sozialdemokratie systematisch und handwerksmäßig betreibt, überhaupt eine Zeile zur Aufnahme zuzulassen.

Das „Leipziger Tageblatt“ erzählt seinen Lesern nämlich, daß ich von der Berliner Associationsbuchdruckerei im Laufe eines Jahres die Summe von 8766 Mark erhalten habe und glaubt auch hieraus den Beweis geführt zu haben, „daß die Thätigkeit der sozialistischen Parteileiter und Agitatoren ein für ihre Privatinteressen einträgliches Geschäft“ sei.

Der Thatbestand, auf den sich die Behauptungen des „Tageblatts“ gründen, ist nun folgender: Ich war seiner Zeit Besitzer des „Neuen Sozial-Demokrat“, welches Blatt erhebliche Ueberschüsse machte, die ich regelmäßig und zwar unter Parteicontroll der Partei zugeführt habe. Als die Associationsbuchdruckerei in Berlin gegründet wurde, übertrug ich das Eigenthumsrecht des „Neuen Sozial-Demokrat“ auf die Druckerei und erhielt von derselben die bis dahin existirenden Außenstände des „Neuen Sozial-Demokrat“ in der Höhe von 8766 Mark nach und nach im Laufe eines Jahres ausgezahlt. Diese Summe habe ich laut Quittung an den Agitationsfond der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu Händen des Herrn Weib in Hamburg seiner Zeit abgeliefert, und es ist jene Summe auch in verschiedenen Posten, und zwar immer genau in derselben Höhe, wie ich sie von der Associationsbuchdruckerei in Berlin erhielt, in den Abrechnungen der sozialistischen Arbeiterpartei zu finden.

Das „Tageblatt“ hat, wie ersichtlich, als Grundlage für seinen Artikel jene Parteiabrechnungen benutzt, und mußte deshalb auch die Ueberschüsse jener 8766 Mark gefunden haben; ferner ist

Eine zeitgemäße Erinnerung.

(Aus „Liebe, Leben und Kampf“ von W. Hasenclever.)

I.

(Vor fünfundsiebzig Jahren.)

Das Vaterland ist in Gefahr!
Der Ruf erklang so laut und rein,
Es eilt' herbei wohl Schaar an Schaar —
Ein Jeder wollt' der Erste sein.

Voll Freiheitslust und Todesmuth
Zusammen Jüngling, Mann und Greis,
Sie kämpften treu, sie kämpften gut,
Des Landes Freiheit war der Preis.

Des Korps Uebermuth und Macht
Perschmettert' kühn der deutsche Arm
In mancher heißen, blut'gen Schlacht —
Den Dank erhielt der Russenschwarm.

Beer ging der Deutsche wieder aus,
Wie leider er's so oft gethan;
Zurückgekehrt in's Vaterhaus
Verschwand der süße, schöne Wahn.

Es schwand dahin der Freiheit Bild,
Das seine Hoffnung ihm gezeigt;
Er ballte zwar die Fäuste wild —
Die Kette wurde ihm gereicht.

II.

(Vor acht Jahren.)

Das Vaterland ist in Gefahr!
Und wieder thut' der laute Schrei;
Doch schon nach wen'gen Wochen war
Die große Kriegsgefahr vorbei.

Der deutsche Widder aber schlug
Den Nachbarsjungen blau und braun,
Und immer war's noch nicht genug —
Es toste fort des Krieges Graun.

Eisak und Lotharingen gar
Und fünf Milliarden sind der Lohn —
Der Staatsmann und der General
Erhielten reiche Dotation.

Der Invalide aber hat,
Trotz großem Invalidenfond,
Bekommen nur in Land und Stadt
Die kümmerlichste Pension.

Und Deutschlands Volk? Erhielt es auch
Des Segens reiche, volle Fluth?
Jawohl! Wie's immer war der Brauch,
Es gab das Volk sein Gut und Blut;

Die Gründer aber stürzten sich,
Dem Tigerthier, dem Panther gleich,
Auf die Milliardenströme hin,
Die sich ergossen in das Reich.

Das Volk hingegen elend, arm,
Es naget an dem Hungertuch —
Der Segen der Milliarden ward
Für's Volk ein Milliardenfluch.

III.

(Im Jahre 1876.)

„Das Vaterland ist in Gefahr!“
So rief der Herr von Eulenburg,
Der Reichsregierung Kommissar —
„Der Drache droht, der Feuerlurch.“

„Des Sozialismus Hyder speit
Den giftgetränkten Speichel aus;
Das Volk in Deutschland, weit und breit,
„Es läßt den Drachen wohl in's Haus.“

„Und schlürfet gar das süße Gift,
„Das Gift der Bruderliebe ein;
„Der Todesstrahl die Knechtschaft trifft —
„Und uns're Herrschaft ist nur Schein.“

„Drum eilt herbei voll Kampfeslust
„Und schwinget des Gesetzes Schwert,
„Daß mitten in des Drachen Brust
„Die „Strafgesetznovelle“ fährt.“

Das Vaterland ist in Gefahr!
So hört man immer lauter schrei'n —
Doch rührt sich nicht des Reichstags Schaar,
Denn Keiner will der Erste sein.

Der „Drache“ aber wohlgenuth
Erhebt sein Haupt zum hellen Licht —
Wohl Nord und Brand und Wuth und Blut
Aus seinen wilden Augen bricht?

O nein! Es ist des Segens Strahl,
Es ist der Freiheit hebr'es Licht —
Dem Nachtgeb'gel allzumal,
Ihm leuchtet ja die Sonne nicht.

Ihm leuchtet nicht der Glorienschein,
Der um des „Drachen“ Haupt erglänzt —
Die Liebe ist's, der wir uns weih'n,
Die Menschenliebe, unbegrenzt.

— Noch eine zeitgemäße Erinnerung. Die fortschrittliche „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Der erhebenste Moment des von den Studenten mit Bezug auf das Attentat arrangirten Fackelzuges war vielleicht der, als nachdem derselbe, der vor dem Palast des Kaisers Aufstellung genommen, Tausende von kräftigen Jünglingsstimmen das Lied von Hoffmann v. Fallersleben annahmten: „Deutschland, Deutschland über Alles, über Alles ist der Welt.“ Mächtig brauste der letzte Vers über den weiten schönen Platz:

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland
Danach laßt uns Alle streben,
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand —
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe deutsches Vaterland!

gerade in Bezug auf diesen Posten eine Nichtigstellung schon durch die Parteipresse und auch durch verschiedene liberale holländische Zeitungen erfolgt, die seiner Zeit auch jene Summe als ein Angriffsobjekt auf meine Person benutzt hatten.

Richtig also ist, daß ich laut Abrechnung die Summe von 8766 Mark von der Berliner Associationsbuchdruckerei als ein Geschäftsgutachten seiner Zeit erhielt; aber ebenso richtig ist, daß ich wiederum laut Abrechnung genau dieselbe Summe der sozialistischen Arbeiterpartei zur Agitation überwiesen habe.

Und dies nennt das „Leipziger Tageblatt“ ein für meine Privatinteressen recht einträgliches Geschäft!

Leipzig, den 21. Mai 1878. W. H. Hasenclever.
Alle anständigen Blätter, welche den betreffenden Artikel dem „Leipziger Tageblatt“ entnommen haben, werden ersucht, auch von vorstehender Berichtigung Notiz zu nehmen.

Correspondenzen.

Wien, 19. Mai. Das Attentat ist natürlich auch hier der Centralpunkt des Tagesgesprächs, durch welches sogar die orientalische Frage in den Hintergrund gedrängt wird. Es ist dasjenige der vielen Attentate der letzten Zeit, welches das größte Aufsehen erregt und dasselbe am wenigsten verdient hat. Der agrarische Nord in Irland und die That der Wjera Sossulitsch fanden bei dem Volk allgemeine Billigung, denn sie waren der Ausdruck der Verzweiflung einer ganzen Nation, welche nur auf diese Weise sich Gehör verschaffen kann. Das Attentat auf den deutschen Kaiser hingegen war ebenso die That eines Einzelnen, wie der vor wenigen Wochen in Wien gemachte Versuch, den Fürsten Thurn und Taxis zu erschließen. Ja selbst dieser verdiente eigentlich mehr Berücksichtigung, als Lehmann's „That“, da er einem weit um sich fressenden sozialen Krebsgeschwür entspringt. Als Fürst Thurn und Taxis, vom Wettrennen kommend, seinen prächtigen Bierzug unter dem Eisenbahn-Biodutt hindurchlenkte, der den Ausgang aus dem Prater bildet, schoß ein junger Mann zwei Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Sogleich ergriffen, gab er an, die That aus Rache verübt zu haben. Der „edle“ Fürst war Präsident einer Aktiengesellschaft gewesen, welche das Schicksal so vieler anderer ihrer Schwefelherren theilte und löst ging. Der Attentäter hat nach seiner Aussage sein ganzes Vermögen in dieser Aktiengesellschaft angelegt und auf diese Weise verloren. Im höchsten Grade wandte er sich an den Fürsten, als moralischen Mitschuldigen seiner traurigen Lage, um eine Entschädigung, und als diese ihm verweigert wurde, erwachte in ihm der Gedanke der Rache. Er zog den Tod durch den Henker dem langsamen Hungertod vor.

Was thun die österreichischen Behörden in diesem Falle! Anstatt das Strafverfahren gegen ihn einzuleiten, bei welchem jedenfalls dem Fürsten sehr unangenehme Dinge ans Tageslicht gekommen wären, greift man zu dem in Oesterreich sehr beliebten Mittel der Vertuschung. Der Attentäter wird für unzurechnungsfähig erklärt und verschwindet.

In Rußland spricht man die Attentäter frei, in Irland hilft man ihnen, zu entkommen, in Oesterreich werden sie in Vergeßlichkeit gebracht — und in Deutschland gebraucht man sie als einen Vorwand zur Verfolgung einer großen politischen Partei. Ein Attentäter, der keine „hohe“ Persönlichkeit compromittirt, wäre freilich auch in Oesterreich für manche Leute willkommen, aber zum Unglück für unsere Regierung will er sich nicht finden. Auch hier sieht man in der Reaktion den letzten Ausweg aus der Sackgasse, in die man sich verirrt hat. Es sind dies die letzten kramphastigen Zudungen eines verendenden Systems.

Für uns Sozialisten in Oesterreich kann die Reaktion in unserm lieben Vaterland höchst gleichgültig sein, uns kann sie nicht treffen, weil es für uns noch keine Freiheit gegeben hat. Uns kann man nicht schädigen durch Verkümmern der Pressefreiheit, da wir schon längst wieder unter Censur stehen. Und das Vereins- und Versammlungsgesetz? „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren“, sagt ein Sprichwort. Er kann uns nicht etwas entziehen, was wir nicht haben. Am bezeichnendsten wird das Versammlungsgesetz Oesterreichs illustriert durch die Thatfache, daß eine Volksversammlung unlängst nach § 6 verboten wurde, weil auf ihrer Tagesordnung die Frage stand: „Was ist staatsgefährlich“. Da der § 6 des Versammlungsgesetzes lautet: Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen; so gefährdet es das „öffentliche Wohl“, wenn man erfährt, was in Oesterreich alles staatsgefährlich ist!

Roß vom Flammenschein war der prächtige Siebel des Opernhauses, der kaiserliche Palaß und gegenüber der mächtige Sitz der Wissenschaft, die Universität, angehaucht, da tauchte vor unserer Erinnerung unwillkürlich ein anderes Bild auf, das wohl über ein Menschenalter hinaus in ihr geschlummert: Fackeln erhellten auch da die Nacht, diesmal aber umrahmt von dem dunkeln Grün der Bäume des Thiergartens, auf dem Balkon des Hauses Bennestrasse 8 standen die ehrwürdigen Gestalten der Brüder Grimm, die kürzlich, nachdem sie wegen ihres Festhaltens an Verfassungsidee von dem Könige von Hannover Ernst August von Göttingen mit fünf anderen Professoren entlassen waren, durch Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin berufen worden. Ihnen galt die Ovation der Berliner Studentenschaft. Aber hinter ihnen tauchte die kräftige Gestalt eines jüngeren Mannes mit wallendem Haar und vollem Bart und geröteten Wangen auf; der Scharfschütz der Jugend erkannte den Dichter des „Liedes der Deutschen“ und den der „unpolitischen Lieder“ wegen deren er seine Professorstelle in Breslau von eben demselben Könige „wegen aufrichtiger Grundsätze und Tendenzen“ entsetzt worden war, der die Grimms nach Berlin berufen. Unendlicher Jubel und brausende Hochs schollen auch Hoffmann v. Fallersleben entgegen, die begeisterte Jugend zog dann zum damals sauberen Exerzierplatz (jetzt Königsplatz), warf die Fackeln zusammen und brachte erneute Hochs auf Hoffmann, auf die Göttinger Sieben an, bis die bis dahin den Zug führenden Gensdarmen nun dieselbe Jugend, der sie eine Waffe hatte frei machen sollen, aneinandersprengten. Und dabei blieb es nicht. Hoffmann ward aus Berlin ausgewiesen und gegen das frühe Leben, das damals die Studentenschaft Berlins durchwogte, mußten Rektor und Senat einschreiten. Der Universitätsrichter Lehnerdt bekam viel zu thun mit Inquiriren über diese und andere Vorgänge. Als bald darauf dem Professor Voedts aus Anlaß seines Geburtsfestes ebenfalls ein Fackelzug gebracht werden sollte, ertheilte der Polizeipräsident die Erlaubnis nur unter der Bedingung, wenn die „Exzellenzen“ von dem Grimm'schen Fackelzuge von der Beteiligung durch die Studenten selbst ausgeschlossen würden. Als die Studentenschaft mit Entrüstung diese entwürdigende Bedingung zurückwies und lieber ganz auf den Fackelzug verzichtete — gab es neue Untersuchungen, und als schließlich fünf der Studenten in einer Denkschrift an den Senat für die Rechte der Studenten-

Die deutschen Parteigenossen dürsten nach dem neuen Gesetzentwurf zu urtheilen bald ähnliche Zustände zu kosten kriegen, wie wir sie hier schon gewohnt sind. Der Erfolg wird jedenfalls ein anderer sein, als der „eiserne“ Reichskanzler und seine Trabanten träumen. Hat es die schamloseste Verfolgung in dem in der Kultur und industriellen Entwicklung so weit zurückgebliebenen Oesterreich nicht vermocht, den Sozialismus auszurotten, wie viel weniger in Deutschland!

Nicht Prinzipien, sondern die Leidenschaft des Kampfes ruft Gewaltthätigkeiten hervor. Niemand wird behaupten, daß der Royalismus oder die Bourgeoise im Volke blutdürstige Ideen nähren, und dennoch haben auch sie in Perioden, in denen sie um die Herrschaft rangen, Attentäter geliefert.

Am 20. Januar 1793 ermordete ein alter Garde-du-Corps Namens Paris, den Deputirten Repelletier de Saint-Fargeau, weil dieser für den Tod des Königs im Convent gestimmt hatte. Bekannt ist das Attentat der Charlotte Corday, welche die die Bourgeoise vertretende Gironde an dem Anwalt des Proletariats, Marat, rächte. In der Nacht vom 3. auf den 4. Prairial (22.—23. März) 1794 wurde ein Mordversuch auf Collot d'Herbois von einem gewissen l'Admiral verübt, nachdem dieser den ganzen Tag über vergebens nach einer Gelegenheit gespäht hatte, Robespierre zu tödten. Am folgenden Tage machte sich eine junge Royalistin, Cecile Reinaud, welche mit zwei Messern bewaffnet, bei Robespierre einrang, ihn jedoch nicht zu Hause fand, verdächtig, ein Attentat gegen ihn im Schilde geführt zu haben. Am 3. Nivose 1800 mißlang ein von den Royalisten gegen den ersten Consul Bonaparte gerichtetes Complot, indem die Höllemaschine, welche bestimmt war ihn zu tödten, zu spät explodirte.

Alle diese Attentate wurden nicht von verkommenen Subjekten ausgeführt, welche sich zu Allem gebrauchen ließen, sie waren nicht von der Partei, zu der sie sich bekannten, ausgeschlossen, und dennoch ist es Niemandem eingefallen, den Royalismus zu beschuldigen, er befördere die Mordlust, obgleich er in dem kurzen Zeitraum, während dessen er zur Abwechslung einmal der unterliegende Theil war, eine hübsche Menge Mörder geliefert hat.

Halle. Am 11. Mai tagte hier selbst in Müller's Bellevue eine öffentliche Versammlung, welche von den Gewerkschaften arrangirt und von 1500 Personen besucht war. Das Bureau bestand aus Ködiger, Viehl und Reinthal; Referent war Herr Reichstagsabgeordneter Aug. Kapell. Derselbe sprach in klarer und verständlicher Weise über die Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wies die Nothwendigkeit derselben nach und betonte zum Schluß die Wichtigkeit der möglichsten Centralisation aller bestehenden Gewerkschaften. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und beschlossen, sofort eine längere Pause einzutreten zu lassen, um neue Mitglieder in die Gewerkschaften aufzunehmen. Der Aufforderung zum Beitritt kamen viele der Anwesenden sogleich nach. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die in Halle von Fabrikanten und Meistern über alle Gebühr verübten Lohnabzüge. Dem Referat des Genossen Ködiger folgte die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß die seit längerer Zeit in Halle von Fabrikanten und Meistern vorgenommenen und in regelmäßiger Fortsetzung wiederkehrenden Lohnabzüge den Volkswohlstand nur zu untergraben geeignet sind, indem die Consumtionsfähigkeit des größten Theiles der arbeitenden Bevölkerung dadurch in erheblichem Grade herabgesetzt wird und mithin die Vornahme der ohnehin in gegenwärtiger Zeit nicht prosperirenden deutschen Geschäftsverhältnisse nothwendig folgen muß.“

„Die Versammlung erklärt ferner, daß diese Erscheinung ihren Grund größtentheils nicht in dem Bestreben der Fabrikanten und Meister, ihre Produkte dadurch konkurrenzfähiger zu machen, hat, sondern lediglich zur Erzielung größerer Profitraten dienen soll. Dieses egoistische Bestreben der deutschen Fabrikantenwelt ist aber entschieden zu verurtheilen, besonders mit Rücksicht auf die elende Lage des arbeitenden Volkes.“

„Weiter erklärt die Versammlung, da die Arbeiter keine Aussicht haben, auf dem Wege des Petitionirens an die Fabrikanten diese von dem einmal betretenen, für die Arbeiter so schädigenden Wege abzubringen, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, seiner resp. Gewerkschaftsverbänden beizutreten, um durch Organisirung aller Arbeiter schon unter den heutigen Verhältnissen eine denselben entsprechende Verbesserung ihrer Lage zu erringen.“

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Schädlichkeit der Zuchthausarbeit“, sprach Genosse Zwieler treffend und unter fortwährendem Beifall, da er besonders einige hiesige

schaft eintraten, ward auf sie, unglücklich aber wahr, der Landrechtsparagraf angewendet: „Studirende, wenn sie etwas bei ihrer Obrigkeit nachsuchen, sollen dies nicht haufenweise thun.“ Sie mußten das sogenannte Consilium abeundi unterschreiben, d. h. die Universität Berlin verlassen. Sehen wir zu, daß wir nicht ähnlichen Zuständen wieder entgegenkommen! Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

— Auf den humoristischen Feuilleton-Artikel in Nr. 60 des „Vorwärts“ erhalten wir folgende ernsthafte Zuschrift:

„An die Redaktion des „Vorwärts“.
Auf Grund von Artikel 11 des Reichspressgesetzes werden Sie hierdurch aufgefordert, gegen den in Nr. 60 Ihres Blattes enthaltenen Artikel: „Der Professor Biedermann und der Redakteur Biedermann“ nachstehende „Berichtigung“ aufzunehmen:

„Ich habe in meinem Geschichtscolleg weber ein Wort davon gesagt, daß man die Ermordung des Herzogs von Berry den Bonapartisten ungerechterweise in die Schuhe geschoben“, noch davon, daß man „für die Ermordung Robespierres die deutsche studirende Jugend verantwortlich gemacht habe“. Ich habe in Bezug auf jene zwei Vorgänge gesagt, was geschichtlich notorisch ist: daß die Reaktion sie bemittelt habe, um ihren Bestrebungen den Anschein von Recht zu geben, und habe dann diese Bestrebungen näher bezeichnet, ohne jedoch mich solcher Ausdrücke, wie dort angegeben, zu bedienen, was meine Art nicht ist.“

Leipzig, den 23. Mai 1878. Prof. Carl Biedermann.“

Wir freuen uns über diese „Berichtigung“, die Alles das zugestehet, was wir nur in anderen, im humoristischen Plauderton gehaltenen Worten, unseren Lesern mitgetheilt haben. Wir bleiben also dabei, daß der Professor Carl Biedermann dem Scheinredakteur Biedermann, welcher redlich dazu beigetragen hat, daß die Reaktion das Attentat (Lehmann) benutzt hat, um ihren Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie den Anschein von Recht zu geben“, in seinem Geschichtscolleg verb den Text gelesen hat; daß aber der Redakteur Biedermann dadurch weiter nicht gebessert worden ist.

Fabrikanten scharf ins Gebet nahm, die aus purer Gewinnlust alte und tüchtige Arbeiter, die ihnen zum Theil lange Jahre treu gedient hatten, aus der Arbeit stießen, um sie durch Strafstrafen zu ersetzen. Der Referent bewies an der Hand von Zahlen, wie ungeheuer der verderbliche Einfluß der Zuchthausarbeit die freien Arbeiter benachtheiligt. Herr Knoblauch empfiehlt die Annahme folgender Resolution, was einstimmig geschah.

„In Erwägung, daß die Zuchthausarbeit der freien Arbeit gegenüber eine lästige Konkurrenz ist, und da es rechtlich und sittlich unzulässig ist, freie Arbeiter durch Sträflinge zu ersetzen, erklärt die Versammlung, daß die Sträflinge nur mit solchen Arbeiten zu beschäftigen sind, die eine Konkurrenz mit der freien Arbeit ausschließen.“

Dies war die dritte große Versammlung in wenigen Wochen in Halle, deren erste von 3500, die zweite von 2000 und die dritte von 1500 Personen besucht war. Gewiß ein Beweis, daß alle gegnerischen Machinationen, Vokalsperre u. dgl., gar nichts gefruchtet, oder besser, den Sozialisten viel genützt haben.

Am 24. April hielten die hiesigen Genossen im geräumigen „Bellevue“ ein Fest ab, welches an 2500 Teilnehmer aufzuweisen hatte und glänzend verlief. Besonders waren es die vortrefflichen Leistungen der Liedertafel „Jassalea“, der Herren Ranzelberg und Stäler sowie der Geschwister Schred, die den Abend zu einem genussreichen machten. Dieses Fest hat der Polizeiverwaltung wieder einmal Gelegenheit gegeben, gegen den Vorsitzenden der „Jassalea“, Genossen Hofbed, ein Strafmandat von 15 Mark zu erlassen, und zwar wegen „unerlaubten Abhaltens öffentlicher Tanzmusik“. Beiläufig ist so etwas in Halle nichts Neues, jedoch denken wir in dem dieserhalb bevorstehenden Termin am Kreisgericht den Herren zu beweisen, daß sie, wie schon oft, wieder im Irrthum gewesen sind. So dürfen jetzt auch Frauen den Volksversammlungen hier beizuhören, ein Recht, das diesen niemals hätte bestritten werden dürfen. Leider duldeten bisher die überwachenden Beamten nie eine Frau in der Versammlung, trotzdem ihnen bedeutet wurde, daß deren Anwesenheit gesetzlich nicht verboten ist. Noch in der Versammlung am 18. März erklärte der Polizeikommissarius Sparig, daß er das Tadeln der Versammlung von der Entfernung der anwesenden Damen abhängig mache. Diese „verdienstvolle“ That hatte aber zur Folge, daß auf eine Beschwerde an die königl. Regierung dem Herrn Commissarius seine Gesetzesunkenntheit klar gemacht wurde, denn schon in der darauf folgenden Versammlung wurden die Frauen gebudet. Da kurz vorher von der Regierung der Bescheid eingegangen war, daß die Halle'sche Polizeiverwaltung mit der erforderlichen Anweisung versehen worden sei.

Die hiesigen Prekasaten, die sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein großes Gezeir über die Rohheit der Arbeiter anzutimmen pflegen, versuchen wieder einmal, die sittenlosen Handlungen eines verworfenen Menschen zu beschönigen. Natürlich, es war ja einer von „unserer Leute“. Gelegentlich der Beurtheilung der früheren hiesigen Theaterdirektors Haberstroh, dessen Schändlichkeiten sich in der ganzen deutschen Presse wiederpiegeln, bringt die „Halle'sche Zeitung“, die erst kürzlich wegen ihrer „Anreizung zum Mord“ gegen die Sozialisten vom „Vorwärts“ an den Pranger genagelt wurde, folgende Tugendschwärmerei:

„Die Untersuchung, die gegen den Direktor Haberstroh geführt wurde, dauerte sechs Wochen, und sind dieselben bei der Beurtheilung, die bekanntlich auf fünf Jahre Zuchthaus und fünfjähriger Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Tragung der Prozesskosten lautet, mit in Anrechnung gebracht worden. Vier Mädchen unter vierzehn Jahren werden in die Besserungsanstalt geschickt. Haberstroh, im blühenden Mannesalter von 45 Jahren stehend, ist über Nacht ein Greis geworden; zweimal verurtheilt er, im Gefängniß sich zu tödten, aber er wurde zu sorgfältig überwacht. Als das Urtheil gesprochen war, sank der Unglückliche ohnmächtig zusammen. Man hatte wohl die Absicht, ihn leichter zu bestrafen, aber die Einzelheiten der Verurteilung, welcher Haberstroh zum Opfer fiel, sind so gravirend, daß auf Milderung nicht weiter Rücksicht genommen werden konnte. Am 12. April tritt der Beurtheilte seine Strafe im Zuchthause zu Halbeim an. Die arme, makellose Frau ist am meisten zu beklagen; das Sommertheater, welches sie selbstständig weiter zu führen gedachte, ist ihrer DIRECTION entzogen worden — und kurz vor der Verhaftung ihres Ehegatten hatte sie nur erst ein Wochenbett zu bestehen. Dennoch läßt sie den Muth nicht sinken und benimmt sich in wahrhaft edler Weise.“

Der arme „Unglückliche“ ist über Nacht ein Greis geworden. Ja, man hätte selbst diese „Verurteilung“ gerne leichter beirrat. Warum auch nicht? Die unschuldigen Kinder kommen in eine Besserungsanstalt, und damit sind die Spuren der ekelhaften Beschichte beseitigt. Großartig ist die Freiheit, mit der man Verbrecher zu verirrt Tugendengeln umflügt, während man für die Sozialdemokratie ein Sartory fordert.

Söhan i. S., 24. Mai. Um am hiesigen Ort einen Ortsverein zu gründen, hatten wir Sonnabend, den 19. Mai, eine in Bog's Garten wider alles Erwarten gutbesuchte Arbeiterversammlung, in der Genosse Hugo Keller aus Görlitz zu Aller Zufriedenheit über die Tagesordnung: „Wirthschaftliche und politische Lage“ referirte. Zur Interpellation meldete sich ein gewisser Kloss aus Görlitz, als Vertreter der Gewerkschaftsvereiner. Genannter Herr war nicht im Stande, Herrn Keller zu widerlegen, dagegen verlegte er sich um so mehr auf's Schimpfen, welcher Umstand zu unserem Erfolge wesentlich mit beitrug. Öffentlich werden die hiesigen Gewerkschaften nun einsehen, daß sie gegen die Sozialdemokratie nicht auskommen.

Chemnitz, 23. Mai. Wozu wir des Ausnahmegesetzes bedürfen, ist nicht recht ersichtlich; die Polizei, wenigstens die hiesige, thut ja doch was sie will, wenn es sich um Sozialisten handelt. Zum Beispiel: „Dem Einberufer der Volksversammlung, schreibt die hiesige „Freie Presse“, welche nächsten Sonntag mit der Tagesordnung: „Das Attentat und die Sozialistenverfolgung“ hier stattfinden sollte, wurde heute mitgetheilt, daß diese Versammlung verboten werde, weil in Anbetracht der Tagesordnung und des Referenten, des „Agitators“ Kloss, eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch die Versammlung bereitet würde. Der Bescheid enthält mannigfache Ausfälle gegen Kloss, gegen die Vorstandsmittelglieder des Wahlvereins und gegen die sozialistische Agitation, durch welche die übrigen Parteien verhasst gemacht würden. Wir theilen der Chemnitzer Polizei mit, daß seit dem Bestehen der Sozialistischen Arbeiterpartei noch nie durch eine Volksversammlung in Chemnitz die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört wurde, ferner, daß Kloss nicht „Agitator“, sondern Redakteur und Reichstagsabgeordneter für Chemnitz ist. So gut, wie wir sagen, „Polizeidirektor Siebdrat“ und nicht „Polizist Siebdrat“, verlangen wir für unseren Vertreter die gleiche schuldige Pöflichkeit. Was das Verbot selbst betrifft, so konstatiren wir einfach die Thatfache: Nachdem alle reaktionären Parteien und Blätter anlässlich des Attentats wie ein Kudel Wölfe über uns hergefallen sind, um uns in der schamlosesten Weise für jenes Verbrechen verantwortlich zu machen, wird es

uns verboten, vor das Volk hinzutreten und diese Angriffe durch den berufenen Vertreter der Arbeiter von Gehör zu lassen. Uns, uns allein, wird verboten, öffentlich über das Attentat zu sprechen, während alle Welt darüber täglich sprechen und schreiben darf, was sie will. — Als uns das Verbot bekannt wurde, begab sich Wiemer sofort nach dem Polizeiamt und meldete eine zweite Volksversammlung an, mit der Tagesordnung: „Berichterstattung des Reichstagsabgeordneten Most über die Thätigkeit des deutschen Reichstags“. Diese Versammlung wurde unter Aufsicht derselben oben erwähnten Motive ebenfalls verboten! — Man meldete Wiemer eine dritte Volksversammlung an mit der Tagesordnung: „Das Reichsgesundheitsamt und sein Programm“. Auf die Frage nach dem Referenten gab er keine Auskunft, weil dies nach dem sächsischen Vereinsgesetz nicht möglich ist. Diese Versammlung endlich ist gestattet worden. Wegen die Verbote der zwei anderen werden wir auf Grund des Vereinsgesetzes Rekurs erheben, denn nach diesem Gesetz ist zu Versammlungen in geschlossenen Räumen nur polizeiliche Anmeldeung, nicht polizeiliche Erlaubnis nötig.“

Oschatz. Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand dieser Tage die Hauptverhandlung in der bekannten Würzener Fleischervergütungs-Affaire statt. Angeklagt waren der Rittergutsbesitzer Wölter aus Obernitzschla und die beiden Fleischer Richter und Künzel aus Würzen wegen Tödtung, bez. Körperverletzung durch Fahrlässigkeit, sowie wegen Steuervergehens. Aus der Anklage und den Vernehmungen heben wir Folgendes hervor: Im Juli vorigen Jahres hatte Wölter eine Kuh, von welcher er dem Aussprüche eines Thierarztes zufolge wußte, daß sie krank war, an den Viehhändler Schubert für den Preis von 75 M. verkauft. Die Kuh wurde von dem Stiefbruder Schubert's, dem Fleischer Richter, abgeholt. Das Thier war schon so schwach, daß es aus dem Stalle geschleift und auf den Wagen gewunden werden mußte. Richter schlachtete die Kuh in Gemeinschaft mit dem ebenfalls auf der Anklagebank befindlichen Fleischer Künzel, dem er auch Theile davon abließ. Sowohl er als auch seine Frau und sein dreijähriges Kind erkrankten daran. Ob Richter das Fleisch auch für unschädlich hielt, ist nicht anzunehmen, bei der Durchsichtung von Richter's Behausung fand man unter Alee versteckt das eingepökelte Fleisch und auf dem Oberboden eine Anzahl Knadwürmer. Der Fleischer Schubert, Sohn des Viehhändlers Schubert, kam zum Schlachten der Kuh und kaufte die Junge derselben, die er aber nicht verwendet haben will. Gleichwohl erkrankten 50 Personen in Folge Genusses von bei Schubert entnommenen Fleischwaren; 2 Personen starben hiervon. Das Fleisch der Richter'schen Kuh hatte einen halben Tag mit dem Fleisch von durch Schubert geschlachtetem Vieh in Schubert's Schlachthaus zusammengehungen. Die Kaufsage des Thierarztes lautete dahin, daß die Kuh am 30. Juni an Pfallterverstopfung litt und daß vier Tage darauf Entererkrankung und dann Kreuzlähme eingetreten sei. Im Ganzen sind durch den verbrecherischen Eigennutz der Beklagten nicht weniger als 206 Personen erkrankt, nämlich: 94 Personen durch Genuß rohen Fleisches, und zwar 38 sehr schwer, 27 schwer und 29 leicht, vier sind davon todt; durch gekochtes Fleisch 50 Personen, hiervon 1 sehr schwer, 4 schwer, 45 leicht; durch Blut- und Leberwurst 30, darunter 4 sehr schwer, 3 schwer, 23 leicht, 2 sind davon gestorben; durch gebratenes Fleisch 27, davon 8 schwer, 19 leicht; durch Knadwurst 3, 2 schwer, 1 leicht; durch gekochtes Pöckelfleisch 2 Personen leicht. Die Krankheit äußerte sich bei einigen leicht Erkrankten in Kopfschmerzen, Uebelkeit, Mattigkeit in den Gliedern und Diarrhöe; in schwereren Fällen jedoch in heftigem Erbrechen, starker Diarrhöe, äußerst schmerzhaftem Leibschneiden und Bewußtlosigkeit. Die Genesenen haben 2—3 Wochen zugebracht, ehe sie ihre Kräfte wieder erlangten. — Das Urtheil lautete bei dem Rittergutsbesitzer Wölter — (ein bekannter Sozialistenhasser), welcher wußte, daß die Kuh krank war, sie aber trotzdem verkauft hatte, auf 3 Jahre Gefängnis; bei dem Fleischer Richter, welcher das Thier geschlachtet und davon Fleisch verkaufte, ebenfalls auf 3 Jahre Gefängnis. Künzel wurde freigesprochen.

Gotha, 21. Mai. Unsere Bevölkerung hat geantwortet! Die zu gestern Abend einberufene Volksversammlung war massenhaft besucht. Viele mußten wieder umkehren, da das Lokal bis auf den letzten Mann besetzt war. Und welche Ehre, unter starker polizeilicher Aufsicht tagen zu dürfen, was früher nie Mode war — auch ein Fortschritt! — Unter größter Ruhe der Anwesenden sprach Herr Bod zunächst über das Berliner Attentat im Zusammenhang mit dem Sozialismus. Er führte aus, wie seit alter Zeit Mordmorde an Fürsten verübt worden seien, bei denen Eifersucht, Herrschsucht, Haß, Glaubenshaß u. das Motiv gewesen und welche fast ausnahmslos nicht vom Volke verübt wurden, sondern von Nebenbuhlern oder anderen aristokratischen Umtrieben. Nichtswürdig sei es, die That eines verrückten oder gekauften Kneipnergesellen gegen uns anzubeden. So wenig wie ein vernünftiger Mensch den Kullmann den Ultramontanen, die Tische, Beder, Cobn-Blind u. den Liberalen und Fortschrittler anhängen könne, ebenso wenig kann man uns, den Sozialdemokraten, einen Hölde-Verharm anhängen. Eine solche That sei der Anstöß persönlicher Schlechtigkeit, und an solchen Individuen sei die heutige Gesellschaft schuld, welche die große Klasse des Volkes nicht genügend ausbilde. Aber auch die ungenügenden Existenzbedingungen seien ein gut Theil schuld an der Verkommenheit von Leuten wie Hölde; auch dieser sei von Kind an verstorben gewesen und habe sich selbst durch's Leben schlagen müssen und so sei er auch mit der Welt zerfallen gewesen und habe keinen sittlichen Halt besessen. Selbst alle einigermaßen liberale Zeitungen sprechen sich dahin aus, eine solche That sei nicht auf Kosten einer bestimmten Partei zu setzen. Uns könne man den Vorwurf der Mitschuld erst recht nicht machen, da wir, wie Jedermann wisse, nicht die blutige Revolution, sondern die friedliche Reformation wollen. Wir bekämpfen nicht Personen, sondern Systeme, und durch den Tod von Personen trete noch lange keine Aenderung des ganzen politischen und wirtschaftlichen Systems ein. Aber auch jeden Mord verurtheilen wir, er sei eine Verletzung der Menschenwürde; auch habe der Einzelne kein Recht, über Tod und Leben zu richten, sondern nur die Gesamtheit des Volkes. So verdammen wir auch den Hölde'schen Mordversuch und frenen uns, daß er verunglückt ist, müssen aber dagegen protestieren, uns den Streich in die Schuhe zu schieben. — Großer Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. — Nach einer kurzen Pause fuhr Genosse Bod fort, über die neuesten Brauwerbthaben der hiesigen Stadtverordneten zu sprechen. Er unterzog deren Handlungsweise einer scharfen Kritik und geißelte hierbei auch das „Gothaer Tageblatt“, das in der ganzen Attentatsgeschichte eine recht traurige Rolle gespielt habe, indem es nur den konservativ-liberalen Standpunkt vertrete. Auch hier gab die Versammlung oft und reichlich ihr Einverständnis mit dem Referenten kund. Zum Schluß gelangte folgende von Herrn Bod eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Volksversammlung protestirt entschieden gegen den reaktionären Beschluß des Stadtverordneten-Collegiums, indem sie denselben

nicht im Einklang mit den Forderungen der Gerechtigkeit und den Gesetzen findet, und spricht dem Stadtverordneten Herrn Krause seine Anerkennung aus über sein unparteiisches und mannhafes Auftreten.“ — Gegner meldeten sich, trotzdem mehrere anwesend waren, wie gewöhnlich nicht zum Wort. Der Schlußauforderung, so viel als möglich der Partei beizutreten, wurde ganz befriedigend entsprochen. Auch an dieser Stelle wollen wir nicht unterlassen, die Arbeiter Gotha's aufzufordern, sich mehr und mehr der Partei anzuschließen. Der Beitritt kann in jeder Versammlung, die regelmäßig Sonnabends in Hartmann's Restauration, am Dammweg, stattfinden, bewirkt werden. — Also, muthig vorwärts! (Thüring. Volks-Z.)

Essen. Als im vorigen Jahre Arbeiter auf der Krupp'schen Fabrik massenhaft entlassen wurden und vorzugsweise Sozialdemokraten, wurden zu gleicher Zeit in auswärtigen Blättern Schloffer und Dreher für dieses Etablissement gesucht und bald darauf auch eingestellt. Augenblicklich soll wiederum circa 400 Arbeitern gekündigt worden sein, z. B. bei Meister Bonnenberg ca. 50, Boudell ca. 30, Bohne ca. 20 und die Werkstatte von Meister Muthhoff soll ganz eingehen, und wenn dieser Artikel zum Abdruck gebracht ist, werden die gekündigten Arbeiter die Fabrik verlassen haben. Vorstehendes hat nun für ein Etablissement von 8—9000 Arbeitern und in der jetzigen geschäftlosen Zeit keine besondere Bedeutung, da bei Krupp in der stotzen Zeit das nämliche Verfahren zu beobachten war, denn die Kanonen- und sonstigen Werkzeug-Bestellungen müssen fast durchweg schnell geliefert werden und hiernach richtete sich die Arbeiterannahme und Entlassung. Komisch an der Sache ist nur, wenn sich die „liberale“ „Essener Zeitung“ aus Altdorf Folgendes schreiben läßt:

„Der im Monat April und Mai übliche Wohnungswechsel hat unserer Bürgermeisterei resp. den Colonien Kronenberg und Scheiderhof einen nicht unerheblichen Zuwachs zugeführt; der Zugang beträgt nämlich seit dem 1. April 530, der Abgang 320 Seelen, so daß allein durch Wohnungswechsel ein Mehr von 210 Köpfen zu verzeichnen ist. Manche von den leerstehenden Wohnungen in der Colonie Kronenberg sind jetzt wieder bis auf die der Reparatur bedürftigen besetzt. Wenn auch die Miethe dieser Wohnungen eine geringere als in der Stadt ist, so dürfte doch der Hauptgrund des Zuzugs darin zu suchen sein, daß auf der Krupp'schen Fabrik fortwährend Arbeiter angenommen werden und dort gegenwärtig eine solche angestrenzte Thätigkeit entfaltet wird, wie selten in früheren Jahren.“

Wenn der Artikelschreiber weiß, daß eine rege Thätigkeit auf der Krupp'schen Fabrik herrscht, so kann ihm doch auch die Arbeiterkündigung nicht unbekannt geblieben sein. Aber Arbeiterentlassungen werden meistens todtschweigend, und durch Vorstehendes soll gewiß der Zuzug bezweckt und die ohnehin schon schmalen Löhne noch mehr heruntergedrückt werden.

Öffentliche Quittung.

Seit dem 10. Mai habe ich für nachgenannte Fonds erhalten:

a) Unterstützungsfond:

Reutlingen bei der Märzfeier M. 1,66; do. v. G. Hebsacker 0,40; do. v. R. R. 3,00, v. E. F. 5,00 und v. C. Fuchs 1,00; Schloßchemnitz d. R. F. Neumann 3,00; Stuttgart v. E. Krug 5,00; Steinwälder v. Nagel's Korbmacherwerkstätte 14,55; do. Liste 5652 d. Lütgens 7,16; do. v. Arbeiterfrauen- u. Mädchenverein d. Frau Wittenberg 10,66; Pargburg Liste 5553 d. F. Brenckert 5,40; St. Johann Liste 5217 d. R. 20,00; Stuttgart d. B. Nieger 5,50; Stollberg v. Arb.-Vieberkrantz d. Frenzel 1,60; Sudenburg d. C. Winter 6,00; Würzen auf Liste d. Aug. Fleischer 15,40; Baden-Baden Liste 5202 d. Langer 5,30; Frankfurt a. M. Liste 1 d. Kahler u. Raatz 12,00; Köln a. Rh. d. Zimmer gef. bei Breuer 14,00; do. v. A. Blauenhagen 5,00; Dresden d. Hermann Müller 20,95; do. Liste 5117 v. A. B. B. 24,50; Duisburg-Hochfeld Liste 5253 d. Fennemann 13,20; Halberstadt Liste 5312: 2,95; do. Liste 5311: 5,80; Worms Liste 5499 d. F. Günther 7,52; Kiel auf Listen d. Güt 24,00; do. Schneiderw. Raad 6,00; do. Schneiderw. Thöl 6,00; do. Bartisch u. Bartling 6,00; do. Schneiderw. Jungjohann 6,00; do. Schneiderw. Schrand u. Holstein 7,00; do. Schneiderwerkf. Langius Nachfolger 5,00; Neurruppin Liste 5585 d. Ehrenpreis 6,80; Ulm d. A. Reibach 5,00; do. v. G. Ulrich 10,00; Ottweiler Liste 5568 d. R. Kohl 4,15; Forst Lufttour u. Schewe 11,50; do. Liste 5051: 11,10; do. Liste 5050: 11,00; Bremerhaven d. R. Richterstr. 8,00; do. Liste 5283 d. Heinrichs 9,75; do. Liste 5284: 1,60; do. Liste 5285: 7,65; Stötteritz Liste 5633 durch Grude 14,05; Rildenaun d. Ernst Haußtein 5,50; Aischleben d. Ch. Heide 1,00; do. Liste 5523 d. D. Junke 8,30; Augsburg Liste 2 d. Endres 4,20 u. Liste 3: 4,60; Schönebeck v. B. G. 3,00, v. B. G. 3,00, v. Hande 2,00, v. Wilh. R. 1,00, gesammelt 1,00; Burgdorf Liste 5534 d. E. Gundlach 3,70; Bremen d. B. Frid 60,00; Kall Liste 5558 d. Eckert 3,15; Oberwiesing d. Aug. Arnold 7,80; Ottenfen v. Lange's Cig.-Fabrik d. F. Hausherr?; Dortmund auf 6 Listen d. Kalsfleisch 100,00; Furtch d. Bid 15,00; München Liste 5157: 8,40; Rochlitz d. Oskar Schir 8,20; Regensburg d. G. Danzer 11,40; Sonneberg d. Th. Ratz 22,50; Leipzig von der Exped. der „Fackel“ von Diversen 24,61; Arnstadt auf 4 Listen durch J. Rob. Bläser 16,65; Breslau Liste 5265 d. Reinders 12,62; Bornheim Liste 5042 d. A. Weber 10,30; Forst Liste 5050: 11,00; Goldlauter Liste 5579 d. Chr. Weiß 3,70; Hattstadt d. A. Baumgart 8,00; Lübeck Sängersfest d. „Eintracht“ d. B. Puls 8,95; Heide Liste 5318 d. B. Off 4,00; do. Liste 5316: 8,70; Gotha d. C. Giesecke 17,30; Hamburg Liste 5 d. A. Schaffarth 8,40; von Händgen's Werkst. 6,00; d. Richter 3,00; d. Stöden v. 2 Formverder. 8,40; v. A. Kapell 2,00; Liste 5649 von den Beihilfen der Genossenschaftsbuchdruckerei 37,50; von Kronenwerth's Werkst. d. Seidel 12,00; d. J. F. vom Bau Hansplatz 1,80; v. Otto Kapell 2,40; v. A. Weib 2,40; v. C. E. 1,00; v. 1 Hochzeit d. Petersen 2,00; Liste 5656 d. Dau 6,00; Liste 5653 d. R. M. 11,05; Hanau, Ueberich vom Raifest d. Graß 30,00; Kesselsdorf von den Parteigenossen 4,30; Göppingen aus dem Ertrag einer Volksversammlung d. G. Wren 5469 d. R. Jäcklin 12,49; do. Liste 5470: 10,67; do. Liste 5471 von der gemeinnützigen Gesellschaft 12,80 und von Mitgliedern des B. f. Naturheilkunde 2,20; Großsch auf 3 Listen d. G. Reichelt 13,55; Linden v. 5057 d. F. Loges 11,57; do. Liste 5058: 5,85; do. Liste 5059: 2,20; do. von Summi 4,60; do. v. J. F. u. B. P. 1,50; do. aus der Wäsche im Sozialistenkeller 13,00; Barmen d. Ernst Liste 5002 v. Brth. i. E. 24,60; Brunnöbera Liste 4691 d. L. Schneidenbach 6,30; Elmshorn d. D. Bopp 10,00; Schneeberg Liste 5640 d. A. Schlesinger 5,00; Strießen auf Liste 7,00 u. d. Lehmann 2,50; Solingen v. F. D. in Hlachsberg d. Luchtenberg 3,00; Jittau d. F. Neuk 7,60; Raumburg v. Lotteriedclub „Hoffnung“ 1,50; do. von F. R. 2,00 und von A. P. 2,00; do. a. d. Tischlerwerkstätte Ahrens u. Depper 4,55.

b) Wahlfond:

Sonneberg v. R. R. 2,80; Stuttgart d. B. Rieger 3,10; Hamburg Liste 3022 d. Jufen 7,00; Hamm-Horn Liste 3021 d. Westphal 3,80; Crefeld Liste 4776 d. Naumann 11,60; Hildesheim Liste 3140 d. R. am Ende 10,00; Guben Liste 4875 d. Hilbert 3,00; Bayreuth Liste 7883 d. Schweizer 1,40 und Liste 7884: 6,40; Worms Liste 3112 d. Günther 6,60; Wauzen d. A. Kluge 6,40; Ronneburg Liste 3078, 3079 und 3080 d. E. Frenzel 14,00; Essen d. A. Kremer 12,70; Neulingen Liste 3067 d. Stard 2,20; Forst Liste 2741 und 4736: 6,10; Hattstadt d. A. Baumgart 8,00; Karlsruhe Liste 2809: 7,50 und Liste 2810 d. Hajenauer 5,30; Pegau Liste 1269, 5630, 1268, 3180 und 3181 d. Weiß 4,68; Constanz auf 3 Listen d. J. Belli 3,50; Gießen Liste 2990 und 2991 Saldo 6,00; Hildesheim Liste 3001: 0,80; Barmen d. Ernst v. Httgr. u. E. 1,75; do. v. Wms. in E. 6,75; do. v. H. in E. 3,30; Schneeberg v. 3100 d. A. Schlesinger 2,15.

Hamburg, 25. Mai 1878.

August Weib, Rödtingsmarkt 12.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die vierte Lieferung der Viederammlung kommt in ca. 8 Tagen zur Versendung und enthält Nr. 8: Grählid. Gedicht von J. Kuborf, komponirt von G. Schol. Nr. 9: Arbeiter-Marschlied. Gedicht von J. Kuborf, Nr. 10: 71er Märsch. Gedicht von A. Weib, kompon. von B. Hilfer.

Das Grählid ist in Leipzig als sehr empfehlenswert hinsichtlich der Komposition beurtheilt worden. Die Arbeiter-Marschlied ist auf vielfache Nachfragen in die Viederammlung aufgenommen; sie ist nach der Originalmelodie kräftig und schwungvoll bearbeitet.

Gotha, 23. Mai 1878.

Emil Saureteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion: R. in B.: Weitere Correspondenzen sehr erwünscht.

der Expedition: R. Erben Liege: Die Adresse von C. Sig. Essen ist: Ribbelstraße Nr. 30. — G. Gathe Delmenhorst: Ob es heißt: Armen- und Heimathsgesetzgebung oder Armen- und Heimathrecht ist gleich, es gibt nur ein diesbezüg. Gesetz.

Quittung Ars Frankfurt Schr. 35,00. Auf Frankfurt Abon. 46,00. Pfälz Sorau Ab. 1,40. Hlsh Hanau Ab. 4,20. Inf Sorau Ab. 13,20. Strt Elberberg Abon. 4,61. Grd Süderrig Abon. 20,25. Dkr London Schr. 26,52. Arbeiterbild.-Verein Kündberg Ab. 4,85.

Fonds für Gemafregelte.

Von J. Bannwitz 1,50. — Von R. E. hier 2,05.

Leipzig, Freitag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlenstraße 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Der Sozialistencongress in Gotha. Delegirtenwahl. Der Agent.

Badehofen für Erwachsene per Paar 40 Pfg., ferner Herren- und Frauen in voller Größe per Paar 80 Pfg., versendet bei Abnahme von mindestens 1/2 Duzend franco 1,50 Balthas. Rösle jr. in Gieagen a. d. Brenz (Württemberg)

Steinnussknopffabrikation.

Ein durchaus tüchtiger und erfahrener Färber für Steinnussknöpfe wird zu sofortigem Eintritt bei hohem Salair für eine deutsche Knopffabrik in Paris gesucht. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sind an A. W. Paris 42 Rue aux Ours zu adressiren. Reise-geld wird im Voraus geschickt. (3a) [3,30

Filialen u. Colporteurs,

welche Nr. 1 der „Neuen Welt“ vom Jahrgang 1878 ohne Verwendung liegen haben, werden gebeten, dieselben sofort der unterzeichneten Expedition zuzusenden.

Leipzig. Expedition der „Neuen Welt“, Färberstr. 1211.

Wir sind in den Besitz einer Anzahl von **Drei Situationskarten** über die Truppen-Stellungen zu **Ph. Beder's „Süddeutsche Mairevolution“** gehörig, gelangt und offeriren den Besitzern des Werkes diese Tafeln per Exemplar gegen baar mit 10 Pfg. Für Frankatur sind weitere 10 Pfg. einzuzusenden.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch uns, wie durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ in Leipzig zu beziehen:

Leitfaden

für zu errichtende Krankenkassen nach dem Hülfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 enthaltend vier wichtige Gesetze.

1) Aenderung des Titel 8 der Gewerbe-Ordnung. 2) Das Hülfskassengesetz. 3) Das Ortsstatut für gewerbliche Hülfskassen der Stadt Breslau. (Dasselbe wird an anderen Orten unwesentliche Aenderungen erleiden.) 4) Das Haftpflichtgesetz, sowie ein vom preussischen Handelsministerium ausgearbeitetes

Normal-Statut

für eingeschriebene Hülfskassen.

Preis 30 Pf.

Mit oben bezeichneter Schrift hoffen wir namentlich den geehrten Herren Vorständen von Krankenkassen eine bedeutende Erleichterung bei Ahsaffung von Statuten, um dieselben mit dem Hülfskassengesetz in Einklang zu bringen, zu verschaffen, indem aus derselben klar zu erkennen ist, welche Bestimmungen das Gesetz verlangt oder verwirkt, und in Folge dessen viel Zeit und Unannehmlichkeiten erspart werden. — Auch sollte diese Brochüre sich jedes Mitglied anschaffen, um hierdurch Gelegenheit zu finden, sich mit dem Krankenkassenwesen näher bekannt zu machen, um bei Beratung von Statuten rasch zur Hand gehen zu können.

Schlesische Volksbuchhandlung H. Zimmer & Co. Breslau, Schuhstraße 42.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Fanzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.